

Samstag, 24. Februar 2024

Gedenken zum zweiten Jahrestag des russischen Angriffs auf die Ukraine

Unter dem Motto „„Stoppt das Töten in der Ukraine – für Waffenstillstand und Verhandlungen!““ veranstaltete die Friedensinitiative Kirchheim u. Teck (FIN.K) vor dem Kirchheimer Rathaus am Samstag eine Ge-Denk-Aktion zum zweiten Jahrestag des russischen Angriffs auf die Ukraine. Die Kirchheimer Turmbläser begleiteten das Ge-Denken musikalisch.



Willi Kamphausen, Vertreter der Evangelischen Kirchengemeinde machte deutlich: „Wir verurteilen den seit nunmehr zwei Jahren andauernden, völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die gesamte Ukraine. Der Krieg hat seit dem 24. Februar 2022 zu hunderttausenden Toten und Verletzten sowie Millionen Geflüchteten geführt – jeder Tag, den dieser Krieg noch länger dauert, führt zu noch mehr Leid.“ Oberbürgermeister Dr. Bader lobte die große Solidarität, die Kirchheim und seine Bürgerinnen und Bürger den ukrainischen Geflüchteten seit zwei Jahren entgegenbringt.

Stadtrat Heinrich Brinker, aktiv in der FIN.K, verwies darauf, dass bisher weder militärische Offensiven noch Waffenlieferungen oder Sanktionen ein Zeitfenster für Waffenstillstandsgespräche eröffnet hätten. Die Bundesregierung, die EU, die Vereinten Nationen, die OSZE und andere Akteure müssten dringend auf die kriegführenden Parteien Einfluss nehmen und auf eine Verhandlungslösung drängen. Martin Lempp, Vertreter von PAX Christi Kirchheim, forderte den sofortigen Stopp des Einsatzes international geächteter oder umstrittener Waffen wie Streumunition, Landminen und Uranmunition, ein Ende der Drohungen mit Atomwaffen und die Einhaltung des Völker- und Menschenrechts sowie der Genfer Konventionen.

Renate Hirsch vom AK Asyl Kirchheim rief die Kundgebungsteilnehmer*innen auf, für eine friedlichere Welt aktiv zu werden. Sie kündigte weitere regionalen Antikriegs-Aktionen an, die ein Zeichen setzen sollen für das

Zum zweiten Jahrestag des russischen Angriffs

Gedenken Die Friedensinitiative Kirchheim erinnert mit einer Aktion an den Überfall auf die Ukraine.

Kirchheim. Unter dem Motto „Stoppt das Töten in der Ukraine – für Waffenstillstand und Verhandlungen!“ veranstaltete die Friedensinitiative Kirchheim (FIN.K) vor dem Kirchheimer Rathaus am Samstag eine Gedenk-Aktion zum zweiten Jahrestag des russischen Angriffs auf die Ukraine. Die Kirchheimer Turmbläser begleiteten das Gedenken musikalisch.

Willi Kamphausen, Vertreter der Evangelischen Kirchengemeinde, machte deutlich: „Wir verurteilen den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine. Der Krieg hat seit dem 24. Februar 2022 zu hunderttausenden Toten und Verletzten sowie Millionen Geflüchteten ge-



Die „FIN.K“ fordert ein Durchbrechen der Gewaltspirale.

führt – jeder Tag, den dieser Krieg noch länger dauert, führt zu noch mehr Leid.“ Oberbürgermeister Dr. Bader lobte die große Solidarität, die Kirchheim und seine Bürger den ukrainischen Geflücht-

teten seit zwei Jahren entgegenbringt. Stadtrat Heinrich Brinker verwies darauf, dass bisher weder militärische Offensiven noch Waffenlieferungen oder Sanktionen ein Zeitfenster für Waffen-

stillstandsgespräche eröffnet hätten. Die Bundesregierung, die EU, die Vereinten Nationen, die OSZE und andere Akteure müssten auf die kriegführenden Parteien Einfluss nehmen und auf eine Verhandlungslösung drängen. Martin Lempp, Vertreter von PAX Christi, forderte den sofortigen Stopp des Einsatzes international geächteter Waffen wie Streumunition, Landminen und Uranmunition, ein Ende der Drohungen mit Atomwaffen und die Einhaltung des Völker- und Menschenrechts sowie der Genfer Konventionen.

Renate Hirsch vom AK Asyl rief die Kundgebungsteilnehmer auf, für eine friedlichere Welt aktiv zu werden. Sie kündigte weitere regionale Antikriegs-Aktionen an,

die ein Zeichen setzen sollen für das Durchbrechen der Gewaltspirale, für einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen. Hans Dörr, Vertreter der Gewerkschaften, kritisierte in seinem Schlusswort die „verbale Eskalationsspirale“, in der immer mehr Geld für die Bundeswehr und die militärische Unterstützung der Ukraine gefordert werde. Am Beispiel der umstrittenen Lieferung der Taurus-Marschflugkörper zeige sich, dass die Befürworter die Eskalationsgefahr dieser weitreichenden Waffen verharmlosen würden. Auch während des Krieges dürfe das stete Bemühen um eine diplomatische Lösung nicht nachlassen. Das gelte auch für die Bundesrepublik Deutschland. pm

Durchbrechen der Gewaltspirale, für einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen. Hans Dörr, Vertreter der Gewerkschaften, kritisierte in seinem Schlusswort die „verbale Eskalationsspirale“, in der immer mehr Geld für die Bundeswehr und die militärische Unterstützung der Ukraine gefordert werde. Am Beispiel der umstrittenen Lieferung der Taurus-Marschflugkörper zeige sich, dass die Befürworter die Eskalationsgefahr dieser weitreichenden Waffen verharmlosen würden. Auch während des Krieges – und gerade währenddessen – darf das stete Bemühen um eine diplomatische Lösung nicht nachlassen. Das gilt ebenso für die mittelbar Beteiligten, auch für die Bundesrepublik Deutschland. Sie ist dazu durch das Friedensgebot des Grundgesetzes sogar besonders verpflichtet.

Aufruf des DGB zu den Ostermärschen 2024

Nie wieder ist jetzt!

Dieses Jahr feiern wir den 75. Geburtstag des Grundgesetzes – und damit auch das dort verankerte Friedensgebot. Als Lehre aus zwei Weltkriegen hat sich Deutschland in seiner Verfassung dazu verpflichtet, als gleichberechtigtes Mitglied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen und sich nie wieder an der Vorbereitung eines Angriffskrieges zu beteiligen. Die Politik der Bundesregierung muss sich auch daran messen lassen, wie ernst sie das Friedensgebot des Grundgesetzes nimmt und ob sie dazu beiträgt, es mit neuem Leben zu erfüllen.

Wir wollen verhindern, dass wir zurückfallen in ein Denken der militärischen Konfrontation und der geopolitischen Blockbildung. Auch in Europa und seiner Nachbarschaft erleben wir eine neue Welle von Krieg, Gewalt und Terror. Zwei Jahre nach dem brutalen Überfall Russlands auf ihr Land ist für die Ukrainerinnen und Ukrainer die Aussicht auf Frieden in weite Ferne gerückt. Die russische Armee setzt ihren völkerrechtswidrigen Angriffskrieg unbeirrt fort. Wir stehen solidarisch an der Seite der Ukraine, wenn es darum geht, ihr die Wahrnehmung ihres Rechts auf Selbstverteidigung zu ermöglichen. Aber auch die Schreckensbilder aus Israel bleiben in unserem Gedächtnis. Die barbarischen Massaker, die die Hamas dort an der Zivilbevölkerung begangen hat, sind mit Nichts zu rechtfertigen. Wir sehen die Bundesregierung in der Pflicht, gemeinsam mit ihren Partnern dafür zu sorgen, dass die Grenzen des humanitären Völkerrechts von keiner Kriegspartei überschritten werden.

Angesichts der Zunahme bewaffneter Konflikte ist es höchste Zeit, den Irrglauben zu überwinden, Frieden ließe sich durch Aufrüstung und immer mehr Waffen schaffen. Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie das Friedensgebot des Grundgesetzes konsequent umsetzt. Wir fordern sie auf, sich mit aller Entschlossenheit für diplomatische Ansätze zur Konfliktlösung einzusetzen und neue Initiativen für die Wiederbelebung von Abrüstung, Rüstungs- und Rüstungsexportkontrolle auf den Weg zu bringen.

Wir fordern eine Politik, die für Gewaltfreiheit, ein breites Sicherheitsverständnis und multilaterale Kooperation eintritt, statt sich auf militärische Bedrohungen und Freund-Feind-Rhetorik zu fixieren. Wir brauchen eine Politik, die das Denken in Feindbildern überwindet, das den extremen Rechten in die Hände spielt. Sie spalten unsere Gesellschaften und wollen mit ihrem Nationalismus das europäische Friedensprojekt zerstören.

Mit den Ostermärschen setzen wir ein starkes Zeichen vor den Europawahlen: Für ein geeintes Europa, in dem wir solidarisch zusammenstehen gegen die ewig Gestrigen. Für ein geeintes Europa, das tragender Pfeiler einer neuen und dauerhaft stabilen internationalen Friedensordnung ist.

30. März 2024

DGB gegen Rückfall in militärisches Konfrontationsdenken

„Nie wieder ist jetzt“ – unter diesem Motto ruft der Deutsche Gewerkschaftsbund bundesweit zu den Ostermärschen 2024 auf. Bei einem Infostand in der Kirchheimer Fußgängerzone warben Aktive des DGB in Kirchheim für eine gemeinsame Fahrt mit der S-Bahn zum Ostermarsch in Stuttgart am Samstag, 30. März – Treff um 10.35 Uhr am Kirchheimer Bahnhof.

„Waffenstillstand in der Ukraine“ – mit diesem Slogan verteilten die Repräsentanten des DGB-Kreises Esslingen-Göppingen in Kirchheim – Hans Dörr und Heinrich Brinker – den DGB-Ostermarschaufruf an viele Passanten. Deren Reaktionen spiegelten den Trend einer aktuellen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa wider: die Deutschen sind in der Frage gespalten, ob die Ukraine nur dann mit Russland Friedensverhandlungen führen sollte, wenn der Kreml vorher die besetzten Gebiete zurückgibt. In vielen Gesprächen wurden Zweifel artikuliert, ob und wie es überhaupt zu einem Schweigen der Waffen kommen könne – sowohl die Verhandlungsbereitschaft Russlands als auch die der Ukraine wurden in Frage gestellt. Eine ukrainische Passantin meinte: „Putin wird nur verhandeln, wenn die Ukraine kapituliert. Das können wir nicht akzeptieren.“ Neben der Position „Wir müssen viel mehr Waffen liefern“ wurde in den Unterhaltungen auch Ratlosigkeit und Angst vor einer weiteren Eskalation und dem Einsatz taktischer Atomwaffen durch die russischen Streitkräfte sichtbar. „Wir wollen verhindern, dass wir zurückfallen in ein Denken der militärischen Konfrontation und der

geopolitischen Blockbildung“ – dieser Aussage aus dem DGB-Ostermarschaufzug stimmten die meisten Menschen in der Fußgängerzone zu.

12. Juni 2024



Friedenspläne für den Ukraine-Krieg

Vortrag und Diskussion mit Clemens Ronnefeldt

Mittwoch, 12. Juni 2024, 19.30 Uhr

Katholisches Gemeindezentrum St. Ulrich

Lindachallee, Kirchheim

Vom 14. Juni bis 16. Juni 2024 wird in der Schweiz eine Friedenskonferenz zur Beendigung des Ukraine-Krieges stattfinden.

Bereits in der Vergangenheit wurden einige Friedenspläne vorgelegt und Versuche unternommen, um zu einem Waffenstillstand zu kommen.

Im März 2022 verhandelten Unterhändler auf ukrainischer und russischer Seite in Istanbul über eine Konfliktbeilegung wichtiger Punkte beider Seiten. Im Mai 2022 legte das italienische Außenministerium einen detaillierten Vierstufenplan vor, der von einer Konferenz im Vatikan im Juni 2022 Unterstützung erfuhr.

Zum Jahrestag des russischen Überfalls auf die Ukraine am 24.2.2023 veröffentlichte das chinesische Außenministerium einen 12-Punkte-Plan, der sehr viel allgemeiner in seinen Vorschlägen war als der italienische Friedensplan.

Auch Länder des globalen Südens wie Mexiko, Brasilien, Indonesien oder Südafrika machten konkrete Vorschläge zur Kriegsbeendigung. Aus der Zivilgesellschaft kamen substantielle Vorschläge von den Professoren Brandt, Funke, Teltschik und Ex-General Kujat.



Was ist aus diesen Plänen bisher geworden? Welche Perspektiven gibt es aktuell für einen Waffenstillstand in der Ukraine?

Diesen Plänen und Perspektiven wird Clemens Ronnefeldt, Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes, in seinem Vortrag mit anschließender Diskussion nachgehen.

Veranstalter: DFG-VK Neckar Fils, Pax Christi Gruppe Kirchheim, Friedensinitiative Kirchheim

Potenzial für eine Brücke zwischen Ost und West

Ukraine-Krise Clemens Ronnefeldt sprach in Kirchheim über Chancen, den Krieg mit Russland „einzufrieren“.

Kirchheim. In Berlin ist die Ukraine-Aufbaukonferenz zu Ende gegangen, die Schweiz lädt zur Friedenskonferenz, der G7-Gipfel gewährt Kredit in zweistelliger Milliardenhöhe. Das globale Ringen um die Ukraine scheint wie ein Tauziehen zwischen Kräften, die vom

Auf Einladung der Friedensinitiative Kirchheim sprach Clemens Ronnefeldt im katholischen Gemeindehaus von St. Ulrich über Friedenspläne für die Ukraine. Ronnefeldt ist Referent des Internationalen Versöhnungsbundes, der für eine Kultur der Gewaltfreiheit eintritt.

Seiner These zufolge habe die Ukraine das Potenzial, als Brücke zwischen Ost und West zu fungieren: „Zwingt man das Land, sich für eine Seite zu entscheiden, wird das die Ukraine zerreißen.“ Seit dem Beginn des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs fehle es nicht an diplomatischen Friedensbemühungen. Obwohl sich im März 2022 beide Seiten nähergekommen waren und die Ukraine signalisiert hatte, einen neutralen Status zu akzeptieren, scheiterten die Ver-



Clemens Ronnefeldt ist „Friedensreferent“. Foto: F. Stegmaier

handlungen in Istanbul. Geopolitisch sei der Westen interessiert, Russland als Juniorpartner Chi-

nas zu schwächen. Auch die ukrainischen Rohstoffvorkommen sollten nicht in russische oder chinesische Hände fallen.

Skeptischer Blick auf Konferenz

Im Februar 2023 schlug der brasilianische Präsident da Silva eine Vermittlung Brasiliens und Chinas zur Beendigung des Krieges vor. Gerade die Länder des globalen Südens könnten im Friedensprozess eine tragende Rolle spielen. Denn aufgrund drastisch gestiegener Energiepreise hätten sie seit Ausbruch des Krieges einen ungleich größeren Leidensdruck. Anders als der italienische Vierstufen-Plan, der das Ergebnis im Vorfeld festschreiben wollte, sei der chinesische Friedensplan vom Februar 2023 bewusst offen gehalten, um die Konfliktparteien an

den Verhandlungstisch zu bringen und Lösungen erarbeiten zu lassen. Im Hinblick auf die derzeitige Schweizer Friedenskonferenz zeigte sich Ronnefeldt skeptisch: „Bei diesem Treffen werden noch nicht die Gespräche geführt, die zu einem Ausgleich führen.“

Ziel der Zusammenkunft sei, sich der westlichen Rückendeckung zu versichern, um Russland zu beeindrucken. Seine Hörer ermutigte Ronnefeldt, ukrainische Geflüchtete zu unterstützen. Es gelte, Politiker zu stärken, die gegen die Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern eintreten. Politisch Verantwortliche müssten überzeugt werden, dass ein „Einfrieren“ der Front im Sinne der ukrainischen Bevölkerung sei: „Jeder Mensch, der jetzt noch stirbt, ist ein Mensch zu viel!“ Florian Stegmaier

„Zwingt man die Ukraine, sich zu entscheiden, wird es das Land zerreißen.“

Clemens Ronnefeldt

Wiederaufbau des Landes profitieren, und denjenigen, die an Waffenlieferungen verdienen. Können diplomatische Strategien friedensstiftend greifen?